VR-01-126 Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint)

Antragsteller*in: Bruno Hönel (KV Lübeck)

Titel

Ändern in:
Gerechtigkeit statt Spardiktat: Für ein Land, das funktioniert (V-09, V-18, V-102 geeint

Änderungsantrag zu VR-01

Von Zeile 126 bis 138:
~~Deutschland hat sich bereits 2009 auf internationaler Ebene verpflichtet, bis 2025 alle für die Senkung der Treibhausgasemissionen ineffizienten Subventionen auf fossile Energieträger abzubauen. Klimaschädliche Subventionen und weitere staatliche Begünstigungen in den Sektoren Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft entsprachen mit Blick auf die Haushaltsmittel im Jahr 2020 insgesamt einem Volumen von rund 35,8 Mrd. Euro. Der größte Anteil der staatlichen Begünstigungen mit klimaschädlicher Wirkung entstand 2020 mit 24,8 Mrd. Euro im Verkehr. Eine besonders große Treibhausgaswirkung geht von den Besteuerungstatbeständen aus. In vielen Fällen profitieren in erster Linie hohe Einkommen von staatlicher Unterstützung durch klima- und umweltschädliche Subventionen und weiteren staatliche Begünstigungen. Der zügige Abbau dieser Maßnahmen hilft nicht nur Umwelt und Klima, sondern trägt auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei.~~

Die G20-Staaten haben sich 2009 auf eine mittelfristige Abschaffung ineffizienter Subventionen für fossile Energieträger geeinigt und dies in 2023 erneut bekräftigt. Die G7 haben sich das Ziel gesetzt, ineffiziente fossile Subventionen bis 2025 abzuschaffen und sich ebenfalls 2023 erneut dazu bekannt. Zudem wurde ein schnellstmöglicher Ausstieg aus ineffizienten Subventionen für fossile Energieträger auf der COP28 in Dubai in 2023 von allen Vertragsstaaten des Übereinkommens von Paris beschlossen. Deutschland muss zu seinen Zusagen stehen und seiner besonderen Verantwortung als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt gerecht werden. Wir fordern daher, klimaschädliche Subventionen, insb. für fossile Enerige konsequent abzubauen. Nötig ist dabei einerseits ein planvolles Vorgehen, das allen Marktteilnehmer*innen Verlässlichkeit durch einen klaren Rahmen bietet sowie andererseits finanzielle Ausgleichsmaßnahmen, die soziale Härten abfedern.

Das Volumen der klimaschädlichen Subventionen in Deutschland liegt im deutlich zweistelligen Milliardenbereich, wobei im Verkehrssektor besonders viele Subventionen gewährt werden. Eine besonders große Treibhausgaswirkung geht von den Besteuerungstatbeständen aus. In vielen Fällen profitieren in erster Linie hohe Einkommen von staatlicher Unterstützung durch klima- und umweltschädliche Subventionen und weiteren staatliche Begünstigungen. Der zügige Abbau dieser Maßnahmen hilft nicht nur Umwelt und Klima, sondern trägt auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit sowie zu Wertschöpfung und Beschäftitung in der Transformation bei.

Begründung

sprachliche Anpassungen, jetzt auch mit expliziter Forderung/Position

Aufnahme Planbarkeit/Verlässlichkeit für Marktteilnehmer*innen sowie Soziale Abfederung (erklärt sich von selbst, denke ich)

Aufnahme und explizite Beschreibung der negativen Auswirkungen dieser Subventionen, gerade im Hinblick auf Verteilungs- und Klimawirkung

weitere Antragsteller*innen

Sascha Müller (KV Schwabach); Miriam Dahlke (KV Frankfurt); Denise Loop (KV Dithmarschen); Tobias Bacherle (KV Böblingen); Thomas von Gizycki (KV Oberhavel); Maximilian Schulz (KV Mannheim); Gabriele C. Klug (KV Frankfurt); Johannes F. Kretschmann (KV Sigmaringen); Reiner Knauer (KV Osterholz); Daniel Reinhold (KV Goslar); Andreas Kappler (KV Berlin-Lichtenberg); Simon Zunk (KV Uckermark); Marilla Meier (KV Lübeck); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Stephan Wisotzki (KV Lübeck); Sandra Detzer (KV Ludwigsburg); Anne-Monika Spallek (KV Coesfeld); Diana Siebert (KV Köln); Andrea Wörle (KV Ostallgäu); sowie 55 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.